



# Die Propagandisten von Bern

*Die Bundesverwaltung informiert gerne einseitig und politisiert zum Teil ungehemmt. Doch aktivistische Behörden sind ein staatspolitisches Ärgernis.*

**Von Katharina Fontana**

Pierre-Yves Maillard und die Seinen wissen, wie man Stimmung gegen die AHV-Reform macht. Es handle sich um einen Sozialabbau auf dem Buckel der Frauen – ausgerechnet der Frauen, die ohnehin eine «Rentenlücke» hätten und ein Drittel weniger Geld aus der Altersvorsorge erhielten als Männer, heisst es. Nun ist Maillard ein SP-Politiker und Gewerkschaftsboss, und er ist frei zu behaupten, was er will – auch Dinge, über die man bei nüchterner Betrachtung den Kopf schütteln muss.

Etwas völlig anderes ist es dagegen, wenn ein Bundesamt solche Thesen stützt – wie das Bundesamt für Statistik (BFS). Unlängst hat es prominent über die im Schnitt tieferen Pensionskassenrenten der Frauen berichtet und damit die Debatte über die «Rentenlücke» weiter angeheizt – ohne darauf hinzuweisen, dass es sich bei den «Rentenlücke»-Frauen zur Hauptsache um traditionelle Ehefrauen handelt, die zusammen mit ihrem Ehemann als Haushaltsgemeinschaft von dessen Renteneinkommen leben. Wenn das eine «Rentenlücke» sein soll, könnte man auch sagen, dass Ehemänner eine «Lebensmittellücke» aufwiesen, da es die Ehefrauen sind, die im Schnitt mehr Lebensmittel einkaufen.

## Unermüdlich die immergleichen Mythen

Die selektive Information des BFS stellt leider keinen Einzelfall dar, sondern ist fast schon Courant normal in der Bundesverwaltung. Statt sachlich zu informieren, greifen die Behörden zu Methoden, die an Manipulation grenzen. Oberstes Ziel scheint

es zu sein, die offizielle Doktrin zu verbreiten – im vorliegenden Fall lautet diese: Die Frauen sind in der Schweiz generell benachteiligt, auch bei der Altersvorsorge.

Eine Meisterin in dieser Disziplin ist das eidgenössische Gleichstellungsbüro, das unermüdlich die immergleichen Mythen bedient. «Frauen verdienen in der Schweiz 19 Prozent weniger als Männer», lautet das Mantra, mit dem gefühlt jede zweite Medienmitteilung beginnt. Wer sich nicht weiter mit dem Thema beschäftigt, erfährt nicht, dass mehr als die Hälfte dieses Werts von nicht ganz unwesentlichen Merkmalen wie Ausbildungsniveau, beruflicher Stellung oder Dienstjahren abhängig ist. Berücksichtigt man diese Faktoren, bleibt laut Gleichstellungsbüro noch eine «unerklärte» Lohnlücke von 8 Prozent. Doch auch dieser Wert ist wenig aussagekräftig, da schlicht nicht alle lohnrelevanten Merkmale bekannt sind. Es gibt eine ganze Reihe von neuen Studien zur Lohngleichheit, die mit anderen Analysemethoden auf deutlich geringere, ja vernachlässigbare Lohnlücken zwischen Mann und Frau kommen.

Solche Erhebungen werden vom Gleichstellungsbüro nonchalant ignoriert. Warum sollte es sie auch berücksichtigen? Dass Frauen hierzulande einen Fünftel weniger Lohn bekommen als Männer, scheint mittlerweile zum Dogma geworden zu sein, das sich in der Gesellschaft weitgehend festgesetzt hat. Wegen der engen Vernetzung der Gleichstellungsspezialistinnen mit den Bildungsämtern gehört die angeblich systematische Lohndiskriminierung der Frauen heute bereits zum Schul-ABC.

Auch beim Thema Zuwanderung ist, um ein weiteres Beispiel zu nennen, behördliche Einseitigkeit an der Tagesordnung. Die Zuwanderung und damit auch die seit 2002 bestehende Personenfreizügig-



keit gilt offiziell als Erfolgsgeschichte, was in Zeiten von Wohnungsdruck, Verkehrsproblemen und neuerdings auch Energiekrise nicht alle Teile der Bevölkerung so sehen. Beim Bund ist man deshalb bemüht, die eher ungemütlichen Nebenfolgen der Zuwanderung kleinzureden oder zu vernebeln.

Besonders kreativ zeigt sich das Bundesamt für Umwelt (Bafu). «Jeder Quadratmeter zählt», schreibt das Amt im Umweltbericht und ruft zum haushälterischen Umgang mit dem Boden auf. Das Bafu weiss denn auch, wo das Hauptproblem liegt, wenn sich die Siedlungsfläche gesamthaft immer weiter ausdehnt: Es sind die begüterten Hausbesitzer. «Auf überdurchschnittlich viel Wohnfläche (...) lebt man vorwiegend in wohlhabenden und zentrumsnahen Gemeinden, wie beispielsweise Meilen,

## Die Medienmitteilung über das Bevölkerungswachstum 2021 in der Schweiz wies gross und fett auf die hohe Geburtenzahl hin. Keine Erwähnung fand, dass drei Viertel dieses Wachstums auf die Zuwanderung zurückzuführen sind.

Muri b. Bern, Zollikon oder Küsnacht», schreibt das Amt. Dass seit 2002 pro Jahr netto mehrere zehntausend Menschen zuwandern, spielt für die Siedlungsfläche offenbar keine Rolle.

Dasselbe gilt für die Mobilität, wo das Bafu speziell die SUV-Fahrer im Visier hat: So nehme die Schweiz «beim bedenklichen Trend zu immer grösseren und schwereren Neuwagen eine internationale Vorreiterrolle ein». Ins selbe Kapitel gehört, dass die Medienmitteilung über das Bevölkerungswachstum 2021 in der Schweiz (Zunahme um 0,8 Prozent auf über 8,7 Millionen Menschen) gross und fett auf die hohe Geburtenzahl hinwies. Keine Erwähnung fand, dass drei Viertel des erwähnten Wachstums nicht auf die Fortpflanzungsfreude der Bevölkerung, sondern auf die Zuwanderung zurückzuführen sind.

## Ungute Nähe zwischen Medien und Staat

Die Aufzählung von alltäglicher tendenziöser Behördeninformation liesse sich beliebig verlängern. Nun mag man einwenden, dass es genau aus diesem Grund die Medien gibt. Journalisten sollen nicht abschreiben, was ihnen die Verwaltung vorsetzt, sondern selber hinschauen und kritisch analysieren. Das wird zwar durchaus getan, die Sache war aber auch schon einfacher, die gebotene journalistische Distanz zum Staat auch schon grösser.

Zum einen sehen sich die Medienvertreter einer wachsenden Zahl, um nicht zu sagen Übermacht von Kommunikationsstäben und PR-Leuten gegenüber. Zum andern, und das ist entscheidender, sind viele – nicht alle – Journalisten im Herzen Etablierten. Sie sind überzeugt davon, dass es mehr staatliche Vorschriften, Eingriffe und Umverteilungen braucht, um die vielen Herausforderungen zu bewältigen – von Medienförderung über Kinderbetreuung bis hin zu Klimafragen. Überdeutlich zeigte sich diese Haltung in der Corona-Zeit, wo die Journalisten zu jenen gehörten, die am lautesten nach der starken Führung des Staates verlangten – sofern sie nicht von ihrem CEO ganz direkt zu einer regierungstreuen Berichterstattung aufgefordert wurden.

Und schliesslich sind die Grenzen zwischen Journalismus und Kommunikation nicht mehr so trennscharf wie auch schon. Viele Journalisten wechseln früher oder später die Seiten und landen in der Verwaltung, wo sie die Kommunikationsabteilungen bevölkern und zu Pressesprechern werden. Von dort aus bedienen und bearbeiten sie ihre früheren Kollegen, mit denen sie womöglich jahrelang zusammengearbeitet haben. Das führt zu einer teilweise ungunstigen Nähe zwischen Staat und Medien. Auch so kann man den Journalismus zähmen.

Vor diesem Hintergrund verheisst es nichts Gutes, dass der Bund bald auf noch mehr Kommunikationskanälen unterwegs sein wird. Dieses Jahr wird ein neues Social-Media-Team installiert, das die Bundesräte auf Instagram in ein gutes Licht rücken soll. Gleichzeitig soll auf diese Weise die Öffentlichkeit über wichtige politische Entscheide informiert und zur «Versachlichung der Debatte» und zur «Eindämmung von Desinformation» beigetragen werden, wie es heisst.

Was so leichthin angekündigt wird, ist alles andere als harmlos. Ist es Aufgabe der Verwaltung, «Desinformation» in den sozialen Netzwerken aufzuspüren und zu bekämpfen? Wo verläuft die Grenze zur Zensur, wo fängt der Verwaltungsdespotismus an? Hat künftig der Bund das Mono-



pol auf die einzig richtige «Wahrheit»? Wäre beispielsweise vor der Volksabstimmung über das Energiegesetz 2017 die Behauptung, die Vorlage könne zu Stromrationierungen führen, als «Desinformation» bezeichnet worden?

Das zum Teil ungehemmte Politisieren gewisser Bundesämter ist nicht nur lästig, es ist auch anmassend. Mitarbeiter des Bundes sind nicht demokratisch gewählt, sondern es sind von der Allgemeinheit finanzierte Staatsangestellte, die zur Zurückhaltung verpflichtet sind und die für alle Bürger da zu sein haben. Auch wenn die einzelnen Bundesräte ihre politischen Agenden verfolgen, so entbindet das ihre Ämter nicht davon, die Öffentlichkeit sachlich, transparent und umfassend zu informieren.

Auch staatspolitisch gesehen sind die Propagandisten von Bern ein Ärgernis. In den letzten zwei,

drei Jahren war viel von Verschwörungstheorien die Rede und davon, wie gefährlich sie seien. Man zeigte sich besorgt über jene Menschen, die meynungsmässig in andere Sphären abdriften. Doch wenn die Regierung und die Verwaltung die Dinge nach politischem Gutdünken zurechtrücken, werden sie unglaublich und tragen das Ihre zu solchen Entwicklungen bei.

Zudem vergrault man mit solchen Methoden nicht nur radikale Geister, sondern stösst auch all jene Bürger vor den Kopf, die auf behördliche Belehrungen und Beeinflussungsversuche prinzipiell empfindlich reagieren. Die Schweiz zeichnet sich traditionell durch eine gesunde Staatsskepsis aus. Man sollte sich in Bundesbern bewusst sein, dass diese Staatsskepsis durch zu viel obrigkeitlichen Aktivismus in Ablehnung umschlagen kann.

# Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 87'908  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 17  
Fläche: 123'315 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 3005691  
Themen-Nr.: 220.104

Referenz: 85133938  
Ausschnitt Seite: 4/4

